

Die Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus

80 Jahre Kommunisches Manifest und die Epigonen des Marxismus

„Die Kommunisten verheimlichen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalttätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als die Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Mit dieser wichtigen Forderung schließt das Kommunische Manifest. Die klassischen Sätze des Kommunischen Manifestes sind heute noch ein Sammelruf, wie vor 80 Jahren. Sie haben für den Befreiungskampf des modernen Proletariats in vollem Umfang die Bedeutung, die ihnen Marx und Engels gegeben haben. Allerdings, die reformistischen Epigonen des Marxismus, die Bulgarisier und Handlanger der bürgerlichen Ökonomie, zucken geringfügig die Achseln über das Kommunische Manifest. Marx ist veraltet, so sagen sie. Das Kommunische Manifest ist nicht mehr, als ein literarisches Dokument der geschichtlichen Vergangenheit, ein interessantes Zeugnis aus den Anfängen der internationalen Arbeiterbewegung. Die kapitalistische Entwicklung sei nicht mehr in Einklang zu bringen mit den theoretischen Grundfäden des Kommunischen Manifestes. Kautsky revidiert Marx. Er proklamiert die Koalitionspolitik als Übergangsepoche zwischen der bürgerlichen und proletarischen Gesellschaft. Er erhebt den gewalttätigen Umsturz durch die friedliche demokratische Entwicklung. Hilferding, der andere literarische Kopfschmerzer der Bourgeoisie, setzt die Theorie der Expropriation der Expropriateure die Wirtschaftsdemokratie gegenüber. In der politischen Praxis des Reformismus proklamieren die führenden Männer der 2. Internationale, die Wels, Scheidemann, Boncour, Vandervelde, MacDonald, die Vereinigung der Proletarier mit den herrschenden Klassen ihrer kapitalistischen Länder gegenüber der Grundforderung des Kommunischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Im November/Dezember des Jahres 1847 legten Marx und Engels dem zweiten Kongreß des „Bundes der Kommunisten“ in London den Entwurf des Kommunischen Manifestes vor. Das Kommunische Manifest wurde auf diesem Kongreß angenommen. Seine Veröffentlichung erfolgte allerdings erst im Februar 1848. Die Fäden des modernen wissenschaftlichen Kommunismus war aufgepflanzt! So charakterisiert Mehring die Annahme des Kommunischen Manifestes. Und in seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie weist er darauf hin, daß die Geschichte des Kommunischen Manifestes je länger je mehr die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geworden sei. Was bis zum Weltkrieg diese Feststellung Mehrings richtig und schärfte die Sozialdemokratie auf den Wegen des wissenschaftlichen Sozialismus zur Größe der Vorherrschaft empor, so ist heute das Kommunische Manifest ein untrüglicher Gradmesser für die Verfallung der deutschen Sozialdemokratie in den kleinbürgerlichen Theorien Sombarts und Hilferdings und für ihren politischen Niedergang in die Gefilde des bürgerlichen Liberalismus.

Der Reformismus verheimlicht es jedoch nicht, sich mit der Terminologie des wissenschaftlichen Sozialismus zu umkleiden. Gegenüber der Arbeiterklasse erheben sie die sozialdemokratischen Führer für zweckmäßig, auch heute im Gewande des Kommunischen Manifestes einherzuwandern. Sie wissen, daß die Arbeiterklasse die Theorie des Marxismus als den unerschütterlichen Mutterboden ihres Befreiungskampfes erkannt hat und daß sie nicht gewillt ist, sich von diesem Mutterboden abdrängen zu lassen. So erleben wir denn in diesen Tagen das Schauspiel, daß die Sozialimperialisten, die Verfallenen des Marxismus, die Vandalen bürgerlicher Theorien und bürgerlicher Politik, die Prätorianer des Großkapitals überall im Lande ihre Anhänger zur Seite des 80jährigen Bestehens des Kommunischen Manifestes aufrufen.

Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Kommunischen Manifest ist in ähnlicher Weise gekennzeichnet durch den Ruf des sozialdemokratischen Weltberühmten: „Der Reformismus ist ein alter Manuskript!“ Wenn heute also die reformistischen Führer zur „Feier“ des 80jährigen Bestehens des Kommunischen Manifestes aufrufen, dann sollte jeder Arbeiter erkennen, daß es sich nicht darum handelt, die theoretischen und politischen Grundfäden des Kommunischen Manifestes in der gegenwärtigen Epoche im Klassenkampf anzuwenden. Vielmehr handelt es sich für die reformistischen Führer darum, ihre sozialimperialistische Politik mit sozialdemokratischer Phrasologie zu verkleiden, um die Arbeiterklasse zu täuschen.

Die Arbeiter können diese Feststellung an der Haltung der Sozialdemokratie gegenüber allen Fragen der praktischen Tagespolitik nachprüfen. Die Kriegskreditbewilligung im August 1914 war der erste große historische Schlag gegen das Kommunische Manifest. Einmal vom geraden Wege des wissenschaftlichen Sozialismus abgewichen, gaben die reformistischen Führer einen

Grundschlag des Marxismus nach dem andern preis. Von der Kreditbewilligung über die Koalitionspolitik zur Großen Koalition, zur Verabschiedung der Ermächtigungsgesetze und Durchführung der Reichsmehr-Exekutive gegen Sachsen und Thüringen bis zur aktiven Teilnahme an den Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durch die Völkerverbundspolitik führt eine gerade Linie. Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihre Führer über das Kommunische Manifest reden hören, dann müssen sie die Frage aufwerfen, wie sich denn die Politik der deutschen Sozialdemokratie mit den Grundfäden des Kommunischen Manifestes vereinbaren läßt. Die wahre Antwort werden ihnen die Führer schuldig bleiben müssen.

Die politischen Erben des Vermächtnisses von Marx und Engels sind nicht die Sozialdemokraten, sondern die Kommunisten. Nicht zufällig haben Marx und Engels ihr Manifest als kommunistisches Manifest bezeichnet. An Stelle des Salons-Sozialismus, über den Marx weidlich spottet, sind heute die Kapitalistenklassen getreten. Engels hat in einer seiner letzten Veröffentlichungen, in der Vorrede zu „Internationales aus dem Volkskamm (1871-1875)“, geschrieben im Januar 1894, das Wort „Sozialdemokrat“ auf seine wirkliche Bedeutung zurückgeführt. Warum sich heute die Erben des Kommunischen Manifestes Kommunisten und nicht Sozialdemokraten nennen, darüber gibt Engels in dieser Veröffentlichung Auskunft:

„Man wird bemerken, daß in allen diesen Aufsätzen ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten. Dies, weil damals in verschiedenen Ländern heute sich Sozialdemokraten nannten, die keineswegs die Übernahme sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft auf ihre Fahne geschrieben hatten. In Deutschland nannten sich die Lassallianer Sozialdemokraten; aber, obwohl die Masse derselben mehr und mehr die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Produktionsmittel erkannte, blieben sie spezifisch Lassallianer Produktionsgenossenschaften. In Staatshilfe doch der einseitig anerkannte Programm. Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung

unseres speziellen Standpunktes einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen.“

Lenin ist der unmittelbar große Nachfolger von Marx. Er hat die marxistische Wissenschaft erstmalig in der revolutionären Tat angewendet. Im Kampfe gegen den Reformismus und Opportunismus führte Lenin die marxistische Theorie als seine schärfste Waffe. Lenin war es, der die 3. Internationale die „Kommunistische Internationale“ nannte. Die große Oktober-Revolution ist es, vor der die herrschenden Klassen aller Länder zittern.

„Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Liga gegen dieses Gespenst verbündet.“

Diese klassische Einleitung des Kommunischen Manifestes gilt heute mehr denn je. In das Gespenst des Kommunismus geht in Europa um. Nicht mehr Gebetsbände, Flugchriften und Zeitungen, Organisationen und Streiks allein sind es, vor denen die Bourgeoisie als dem Gespenst des Kommunismus erschrickt. Die arbeitende Klasse hat den ersten Arbeiter- und Bauernrat errichtet. Die Sowjetunion ist die Verwirklichung des Kommunischen Manifestes. Alle Arbeiter, die sich heute zum Kommunischen Manifest bekennen, müssen sich zur Sowjetunion bekennen. Kampf für die Grundfäden des Kommunischen Manifestes bedeutet Kampf gegen den Sozialimperialismus, Kampf gegen die Völkerverbundpolitik und gegen die Arbeitgemeinschaftspolitik der Amsterdamer Internationale. Das Kommunische Manifest proklamiert die Unverzichtbarkeit der Klasse gegen die, den unerschütterlichen Kampf gegen den Kapitalismus bis zur Expropriation und gewalttätigen Sturz des bürgerlichen Staats. Wer sich zu Marx und dem Kommunischen Manifest bekennen, für den ist kein Platz in der Partei der Koalitionspolitik und Wirtschaftsdemokratie, des Antifaschismus und Burgfriedens. Schärfster Kampf dem Reformismus ist die Lösung. Deshalb gehört jeder Klassenbewußte Arbeiter, jeder Ausgebeutete und Unterdrückte in die kommunistische Partei, der einzigen wahren Erbin des Kommunischen Manifestes.

Klare Klassenfront in Frankreich

In Paris hat am Sonntag eine außerordentliche Parteikonferenz der kommunistischen Partei Frankreichs stattgefunden. Sie beschäftigte sich in erster Linie mit den organisatorischen Fragen der Partei. Als besonderer Tagesordnungspunkt stand auch die Frage der Wahlpolitik unserer Partei. Das Zentralkomitee der Partei hatte nach Beratungen mit der kommunistischen Internationale bereits dazu Stellung genommen. Die Lösung der Partei ist „Klasse gegen Klasse“. Unsere Partei beschloß einstimmig, bei den Kommunalwahlen am 28. April vollständig selbständig aufzutreten, alle Energie für eine gründliche Propaganda der revolutionären Ziele während dieses wichtigen Wahlkampfes durchzuführen. Eine besondere Bedeutung für den französischen Wahlkampf wird es haben, daß die klare Haltung der KPD der französischen Sozialdemokratie, ihr schwankendes und schwindelhaftes Auftreten gegenüber der radikalen Partei unter der Führung Herriots vor den Arbeitern um möglich machen wird. Die Partei beschloß im zweiten Wahlgang, nur dann für sozialistische Kandidaten zu stimmen, wenn diese für ein proletarisches Minimalprogramm eintraten, welches sich verpflichtete. Bisher hatte die KPD in den Wahlen eine andere Taktik.

Auf Grund der in Frankreich gegebenen besonderen Lage, der starken linksrepublikanischen und radikalen Traditionen des französischen Kleinbürgertums war unsere Partei bisher gezwungen, bei Wahlentscheidungen, wenn es sich um Stichwahlen zwischen linksrepublikanischen und sozialistischen Kandidaten handelte, diesen linksrepublikanischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben. Umgekehrt war es in Frankreich Tradition, daß die linksrepublikanischen — Radikale und Sozialisten — in Stichwahlen für den Kommunismus stimmten, wenn dieser beim ersten Wahlgang unter allen linksrepublikanischen die meisten Stimmen erhalten hatte. So erhielt beispielsweise unsere Partei bei den Nachwahlen für die Kammer im 2. Pariser Wahlbezirk gegenüber dem sozialistischen Kandidaten, der gleichzeitig der Sammelkandidat der ganzen bürgerlichen Reaktion war, die Mehrheit.

Die Aenderung der Taktik wurde möglich und notwendig, da die Zuspaltung der Klassenverhältnisse in Frankreich die alte, den revolutionären Traditionen entspringende radikale Haltung des Kleinbürgertums und seiner Parteien unmöglich gemacht hat. Die Hauptpartei des Kleinbürgertums, die Herriot-Radikale, die führende Partei des französischen Linksblocks, der als Sieger aus der Kommunalwahl vom Mai 1924 hervorgegangen war, hat in den vergangenen 4 Jahren in ihrer Führung eine vollständige Schwengung zur Politik der Großbourgeoisie vollzogen. Der Linksblock, der 1924 gefestigt hatte, der Block der Sozialisten und der Radikalen, hat das Vertrauen, das die Massen in ihn gesetzt hatten, bitter enttäuscht. In den ersten beiden Jahren seiner Herrschaft war er

der Hauptverantwortliche für den blutigen Marokkokrieg, für die Sienabenteuer, für die Unterdrückungspolitik gegen die Elsaß-Lothringische Autonomiebewegung, für die brutale Unterdrückungspolitik endlich gegen die französische Arbeiterklasse. Nach dem Jahre 1926 ging Herriot, der durch seine Politik das Vertrauen der Arbeiter und Kleinbürgermassen verloren hatte, vollständig zur Großbourgeoisie, zu Poincaré über. Trotz der Linksblockmehrheit in der Kammer gingen die Radikalen geschlossen eine Koalition mit dem linken Flügel des Nationalblocks ein, der etwa dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in Deutschland entspricht. Die Konzentrationregierung Herriot-Poincaré legte die Grundlage für die Frankentabillierung auf Kosten der werktätigen Massen, sie begann die Nationalisierung auf der Grundlage des Programms der Großindustrie, sie legte die imperialistische Politik vor sich fort, der linke Poincaré und der Sozialist Paul Boncour schufen gemeinsam das neue französische Wehrgesetz, das die ganze französische Nation militarisiert, der Sozialist Paul Boncour als Vertreter der Poincaré-Regierung in Genf war der Führer der sozialtraudelsüchtigen Politik, die Radikale und Poincaré gemeinsam sind die Verantwortlichen für die imperialistische französische Chinapolitik, Paul Boncour endlich ist der Führer der französischen Chauvinisten gegen die Forderung der Rheinlandräumung usw.

Diese Schwengung des Kleinbürgertums, streng genommen seiner Führung, nach rechts, die sich historisch als unvermeidlich erwies, da mit der Entwicklung Frankreichs zum modernen imperialistischen Industriestaat die alte ökonomische Position des Kleinbürgertums vollkommen vernichtet wird, machten die Sozialisten zum Teil offen, zum Teil verdeckt, mit. Insbesondere sind die Sozialisten mit verantwortlich für die gewaltige Verfolgungskampagne, die unter der Führung des Herriot, Sarraut, Poincaré-Ministerium gegen Arbeiter und Bauern Frankreichs eingeleitet wurde, die sich gegen die Verhärterung des imperialistischen Kurzes zum Teil in Soldatenmehren, in Referendumsstreiks usw. erhoben. Sie unterstützen die Regierung endlich, wenn auch nicht offen, in ihrem Feldzug gegen die kommunistische Partei Frankreichs.

In dieser Situation, wo der Linksblock, der die große Lösung der französischen Sozialdemokratie war, sich schon vor breiten Massen entlarvt hat, muß die französische kommunistische Partei das Kraftzentrum zur Überwindung der letzten Mutationen der radikalen Traditionen in ehrlich radikal eingestellten französischen Arbeiter- und Kleinbürgerkreisen werden. Die alte Trennung zwischen Linken und Rechten in Frankreich aufrechtzuerhalten und die „Linken“, wenn auch nur um sich nicht zu isolieren, zu ihrer Entloerung zu unterstützen, das würde heute schon bedeuten, hinter der Klassenmäßigen Entwicklung herzulauern. Deshalb haben die französischen Parteiorganisationen der KPD in einer gründlichen Diskussion, die im Laufe des Jahres stattfand, die neue Taktik im Einverständnis mit der kommunistischen Internationale und von ihr gestützt gegen rechte Schwankungen in der Partei beschlossen.

Die deutsche Sozialdemokratie versucht den deutschen Arbeitern diese Taktiken zu verheimlichen. Die Dresdener Volkszeitung brachte am Dienstag ein Pariser Telegramm ihres Beizierstatters unter der ebenfalls gefälligen wie hübschen Überschrift: „Politischer Wahnwitz der Kommunisten“, wonach der kommunistische Parteitag (es handelt sich lediglich um eine Vorkonferenz) beschlossen habe, im zweiten Wahlgang die sozialistischen Kandidaten auch dann aufrechtzuerhalten, wenn ein Sozialist gegen einen Radikalen in die Stichwahl käme. Nur in einzelnen Fällen soll die Parteizentrale das Recht haben, Ausnahmen zu gestatten. Die Volkszeitung verleiht diese Lösung mit einem dummen Kommentar und verliert die Sache so darzustellen, als ob die Kommunisten sich dadurch zu Helfern der Reaktion machen würden.

Wie haben festgestellt, daß der Beschluß, so wie die Dr. Volkss, berichtet, gar nicht besteht. Die Aufrechterhaltung eines kommunistischen Kandidaten erfolgt nur dann, wenn der sozialdemokratische es ablehnt, auch nur für ein Minimalprogramm der Arbeiter einzutreten und wenn er offen für die Fortführung der Unterdrückungspolitik der Herriot-Poincaré-Bande eintritt. Zahlreiche sozialistische Organisationen Frankreichs haben unter dem Druck der Arbeiter schon jetzt beschlossen, mit den Kommunisten gemeinsam vorzugehen. Allerdings bejagt nahezu die ganze Führung der Sozialdemokratischen Partei Frankreichs das Geschäft der bürgerlichen Reaktion. Sie sind entschlossen, durch die und dann auch bei der Wahl mit den sogenannten „Linken“ zu gehen die sich in den letzten Jahren vor aller Welt als die besten Helfer des französischen Imperialismus reinen Wassers und der französischen Großbourgeoisie erwiesen haben. Die deutschen Arbeiter werden aus dem Wahlsimpel der Sozialimperialisten hier zu Lande nur entnehmen, daß unsere französischen Genossen auf dem richtigen Wege sind, wenn sie gegenüber Imperialistenfakeln wie Paul Boncour, Renaudel, Blum und wie sie alle heißen, den sozialdemokratischen Arbeitern die klare Einheitsfront „Klasse gegen Klasse“ als Richtlinie der Wahlpropaganda vorschlagen.

Bürgerblockwahlhandel über den Wahltermin

Die Auseinandersetzung der Bürgerblockparteien über den Wahltermin ist in ein neues Stadium getreten. Geängstigt durch die weiteren Fortschritte der Linksentwicklung verließ sich die Haltung des Stresemann-Flügels der Deutschen Volkspartei für Neuwahlen in kurzer Zeit. Beigetragen dazu hat der Erfolg der außenpolitischen Debatte für Stresemann, der im Verlauf der außenpolitischen Debatte der Sozialdemokratischen Partei vor der imperialistischen Außenpolitik des Locarnoabkommens zu verhandeln ist. Die Volkspartei macht deshalb jetzt größere Widerstände in der Schulgesetzfrage, und sie drängt auf baldige Neuwahlen.

Das heißt noch nicht, daß sie entschlossen ist, diese Neuwahlen um jeden Preis jetzt durchzuführen. Das heißt nur, daß die ihre Zustimmung zur Verchiebung des Wahltermins sich jetzt teurer ablaufen lassen wird.

Für diese Verchiebung tritt weiter ihr rechter Flügel, tritt die Deutschnationale Partei, die am meisten durch sofortige Neuwahlen verlieren würde, tritt auch ein großer Teil des Zentrums ein, der um jeden Preis keine Parteiforderungen, Schulgesetz usw., vor dem Ende der Koalition unter Dach haben will. Eine wichtige Unterstützung erhält dieser Block für Wahlverchiebung, der seine stärkste Stütze in der Hindenburg-Clique hat, durch die neue Stellungnahme des gewerkschaftlichen Flügels des Zentrums. Im „Deutschen“ erschien am Dienstag, 7. eine offizielle Stellungnahme der Stresemann-Zwischenschritt, in der gesagt wird, daß Stresemann „jemlich isoliert steht“, man habe im Lager der gegenwärtigen Koalition die Wahlen in einem Zeitraum nicht für angebracht, der wahrscheinlich von starken Arbeitsschwächen durchsetzt sein wird. Statt um starken Arbeitsschwächen durchsetzt sein wird, es und Schuggelei mühen noch „unter Dach“ gebracht werden, ehe der Wahltermin losbricht. Das entspricht auch dem Wunsch des Reichspräsidenten. Vor allem wird man noch zumachen müssen, was gelegentlich der Beamtenbefreiungsreform veräußert wurde. Man wird in erster Linie Mittel erschaffen müssen, den Klein- und Sozialrentnern und den Werkspensionären die unbedingte

Aufbesserung ihrer Pensionsbezüge zu gewährleisten. Gerade hierfür werden in den Regierungsparteien zur Zeit Finanzprogramme eifrig erörtert. Man spricht von der Ausnutzung der Zollentnahmen oder einer begrenzten Umsatzsteuererhöhung zu diesem Zweck.

Mit Recht begrüßt die Deutschnationale Berliner Börsenzeitung diese Stellungnahme als Unterstützung für die Wahlverchiebungspolitik und sagt erläuternd: „Der Hinweis auf die in den letzten Sätzen gedehnten Wünsche (bezüglich der Kleinrentner, Werkspensionäre, Pensionsbezieher) läßt als die Bedingung der vom „Deutschen“ vertretenen Gewerkschaftskreise für weitere Unterstützung der Koalition gedeutet werden.“

Die radikalen Schwindler Zimbudsch, Siegenwald usw. schlagen also dem Bürgerblock vor, um Scheinzuversprechungen an wertvolle Schichten seine weitere Existenz zu verlängern, das ist ihre Antwort auf die Rebellion der Zentrumsarbeiter, das ist ihre Entscheidung, die nur der Angst vor Neuwahlen unter dem Zeichen der Linksbewegung entspringt.

Nach dieser Stellungnahme ist es noch wahrscheinlicher als bisher, daß die Hindenburg-Clique ihren Willen durchsetzt, die Stresemann-Gruppe wird dann mit Parteivorstellen im Wahlhandel abgefunden werden. Späterer Wahltermin — wenn auch diese Entscheidung nicht die einzig mögliche ist, es kann immerhin zu einem Auseinandergehen der Bürgerblockkoalition noch kommen — bedeutet jedenfalls Schaffung einer Atempause für die Bürgerblockparteien, die sie schließlich dazu ausnutzen werden, um mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln für ihre Ziele zu wirken und auf diese Weise die Linksbewegung zu korrigieren, möglichst die revolutionäre Partei zu diskreditieren in der gewonnenen Zeit usw.

Die Arbeiterklasse darf sich jedenfalls auf eine Verhärterung der großen Offensive gefaßt machen. Das muß umgekehrt alle Kräfte des Proletariats dazu anspornen, mit allen Mitteln den Kampf um den Sturz des Bürgerblocks und auch um die Verhärterung der Lebensfrist dieses Reichstages, von heute zu verparten.